

Hauptausschuss - öffentlich - vom 13.11.2018
1) TOP Bürger fragen

Oberbürgermeister Pauly: Er schlage vor, den Tagesordnungspunkt 10 vorzuziehen, da folgende Gäste vom DLRG anwesend sind: Herr Frei, Schwimmmeister, Herr Moch, 1. Vorsitzender DLRG Baar.

2) TOP 1-116/18 Haushalt 2019 - Personalkosten

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-116/18 ein.

Stadtrat Auer: Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Kosten für die zusätzlichen Stellen in Höhe von 643.700 € nicht bereits im Haushaltsplanentwurf 2019 veranschlagt worden seien.

Herr Butsch: Die Kosten der zusätzlichen Stellen in Höhe von 643.700,00 Euro seien dadurch, dass andere Personalkosten wieder entfallen seien, der Höhe nach im Haushaltsplan 2019 dennoch veranschlagt gewesen. So seien im ursprünglichen Haushaltsplanentwurf 2019 Personalkosten für den Kindergarten Am Buchberg eingestellt gewesen, die 2019 so nicht entstünden, da der Kindergarten erst 2020 bezugsfertig werden könne. Die Verwaltung benötige für die Übergangslösung ab Februar 2019, die Außenstelle der Kindertagesstätte Wunderfitz in der Alemannenstraße 1, nur 4,8 Stellen. Die zu viel veranschlagten Mittel im Teilhaushalt 6 Bildung und Soziales seien gestrichen worden.

Auch gebe es jedes Jahr Krankheitsfälle und diese Stellen könnten nicht sofort nachbesetzt werden. Die Ausgaben seien tatsächlich geringer, da man bei der Veranschlagung von Vollbesetzung ausgehe.

Stadtrat Rögele: Ferner seien bestimmte Stellen zu Beginn des Jahres nicht besetzt gewesen. Im Bereich des Gutachterausschusses seien noch 250 % Stellen geschaffen worden.

Herr Herrmann (Auf Nachfrage von Stadtrat Rögele): Deputatsänderungen kämen aufgrund der Berechnung des Ferienüberhangs zustande. An Schulen würden bei einem vollen Deputat 30 Stunden/Woche veranschlagt. Zum Ausgleich werde ein Ferienüberhang von drei Stunden berechnet. Dies bedeute, dass eine Vollzeitkraft mit 33 Stunden/Woche beschäftigt werde

Beschluss:

1. Die Entwicklung der Personalkosten wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die im Entwurf des Haushaltsplanes 2019 eingestellten Personalkosten zu bewilligen.

(einstimmig)

3) TOP 1-114/18 Haushaltsplan 2019 - Stellenplan Entwurf

Stadtrat Auer: Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass die tatsächliche Eingruppierung zum Nachteil des Stelleninhabers von der Stellenbewertung abweiche und damit geringer ausfalle als jeweils für die Stelle vorgesehen.

Herr Herrmann: Der Regelfall sei, dass die Eingruppierung entsprechend der Stellenbewertung erfolge. Fehle dem Stelleninhaber jedoch beispielsweise eine Fortbildung, führe das auch zu einer geringeren Eingruppierung.

Herr Butsch: Auch habe eine langjährige Mitarbeiterin und Beamtin nach der Elternzeit eine adäquate Stelle erhalten, die sogar um eine Entgeltgruppe höher ausgefallen sei.

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Stellenplanes 2019 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei eventuellen Beförderungen, soweit notwendig, den Stellenplan 2019 zu aktualisieren.

(einstimmig)

4) TOP 1-113/18 Stellenplan 2019 - Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Stellenplanes 2019 für die Beschäftigten Abwasserbeseitigung wird zugestimmt.
2. Soweit sich Höhergruppierungen ergeben sollten, sind diese im Stellenplan 2019 noch zu berücksichtigen.

(Einstimmig)

5) TOP 1-112/18 Stellenplan 2019 - Eigenbetrieb Wasserwerk

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Stellenplanes 2019 für die Beschäftigten beim Wasserwerk wird zugestimmt.
2. Soweit sich Höhergruppierungen ergeben sollten, sind diese im Stellenplan 2019 noch zu berücksichtigen.

(einstimmig)

6) TOP 1-120/18 Personalkosten - Ersätze für die Stellenmehrungen 2019

Zoller (Auf Nachfrage von Stadtrat Blaurock): Die Haushaltsmittel für den Gutachterausschuss seien im Haushaltsplanentwurf 2019 noch nicht als Einnahmen veranschlagt worden.

Bürgermeister Kaiser (Auf Nachfrage von Stadträtin Weishaar): Der erwähnte Kostendeckungsgrad von 70-80% werde in erster Linie durch Gebühren sowie durch Verrechnung der Personal- und Arbeitsplatzkosten zuzüglich der Gemeinkosten herbeigeführt.

Beschluss: Der Hauptausschuss nimmt vom aktuellen Sachstand Kenntnis.
(einstimmig)

7) TOP 1-117/18 Personal - Wechselgründe

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-117/18 ein.

Herr Butsch: Die Gründe, einen Mitarbeiterwechsel nachvollziehen zu können, sei ein wichtiges Anliegen der Hauptverwaltung. Vergleiche man die Jahre 2016, 2017 und 2018 miteinander, stelle man erschreckend fest, dass die Personalverwaltung 80 Stellen in 2018 zu besetzen habe, was zu viel sei. Daher sei eine Analyse der Austrittsgründe notwendig. Man wolle herausfinden, an was das liege und suche nach Möglichkeiten, städtische Mitarbeiter zu halten.

Herr Maier, Personalratsvorsitzender: Ein Austritt habe verschiedene Gründe wie der Sitzungsvorlage Nr. 1-117/18 und deren Anlagen 1-3 zu entnehmen seien. Jede Kündigung sei eine zu viel. Man überlege gemeinsam, wie die Stadt Donaueschingen ein attraktiverer Arbeitgeber werden könne und potentielle Bewerber anlocken könne.

Oberbürgermeister Pauly: Seit seinem Amtsantritt als Oberbürgermeister bekomme er auch von anderen Firmen und Arbeitgebern zu hören, dass stets nach geeigneten Bewerbern gesucht werde. Jeder Mitarbeiterabgang müsse neu besetzt werden. Im Übrigen konkurriere der öffentliche Dienst als Arbeitgeber mit Arbeitgebern der Privatwirtschaft und ziehe dabei oft den Kürzeren.

Stadtrat Hall: Die Personalverwaltung sei eine Aufgabe der Stadtverwaltung. Der Gemeinderat sei nun wenigstens in Kenntnis gesetzt worden, könne aber wenig mitreden, dennoch sei auch er der Meinung, dass 83 Abgänge in 2018 zu viel seien. Er empfehle daher, eine externe Fachkraft für Personalentwicklung zu beauftragen.

Stadträtin Weishaar: Zunächst erscheine der Wechsel von 83 Mitarbeitern viel. Man müsse die Zahl jedoch in Relation betrachten. Wichtig seien die Abgänge in andere Behörden oder zu Arbeitgebern der Privatwirtschaft. Das seien insgesamt neun Mitarbeiterabgänge gewesen. Im Ganzen schätze sie die Lage nicht so dramatisch ein.

Oberbürgermeister Pauly: Über die Hälfte der Wechsel, insgesamt 44, sei automatisch durch Ablauf der Zeitverträge erfolgt. Aber mit jedem Abgang gebe es einen Verlust an Wissen und Erfahrung des Mitarbeiters.

Stadtrat Rögele: Probleme seien da. In drei Jahren wären insgesamt 150 Stellen besetzt worden. Die Privatwirtschaft stelle eine ernstzunehmende Konkurrenz dar. Die SPD-Fraktion habe seit Jahren ein professionelles Personalmanagement gefordert. Bedenklich fände er den Abgang an andere Behörden, die ihre Mitarbeiter auch nach dem TVöD vergüten. Vorhandenen Ermessensspielraum solle man bis an die rechtlichen Grenzen ausschöpfen/ legalen Rahmen ausreizen.

Herr Butsch: Personalverwaltung sei weit mehr als Personalmanagement und Personalentwicklung. Jedoch sei der Verwaltung Personalentwicklung sehr wichtig und werde erfolgreich betrieben: Zwei Auszubildende der Stadtverwaltung würden übernommen werden und der Zeitvertrag von Frau Moßbrucker, die gut in die Hauptverwaltung passe, und die man habe behalten wollen, sei verlängert worden.

Stadtrat Blaurock: In 2017 habe es 12 Zeitverträge gegeben, 2018 seien es 44 befristete Arbeitsverhältnisse. Er schlage vor, Mitarbeiter, mit Potential gezielt für Weiterbildungsmaßnahmen auszuwählen. Damit könne man Abgängen vorbeugen.

Stadtrat Dr. Wagner: Er begrüße es, dass der Gemeinderat von dieser Entwicklung in Kenntnis gesetzt werde. Er habe keinen Einblick darüber, wie alt die Stellenbewertungen seien und ob diese noch adäquat wären.

Herr Butsch: Die Stellenbeschreibungen seien alle auf dem neuesten Stand, da die Stellenbeschreibungen in der Stadtverwaltung nach Vorlage bei der Stellenbewertungskommission erneuert werden würden. Bis auf eine Ausnahme seien die Stellenbewertungen durch die Gemeindeprüfanstalt im Ergebnis als „richtig“ bewertet worden. In einem Fall sei die Bewertung aufgrund der Stellenbeschreibung zu hoch gewesen.

Oberbürgermeister Pauly: Das Ermessen bei Stellenbewertungen sei beschränkt.

Stadtrat Hall: Er sei für die Beauftragung eines externen Beraters.

Oberbürgermeister Pauly: Wenn der Gemeinderat das befürworte, müsse er finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Stadtrat Rögele: Es sei zu überlegen, ob eine Zusatzstelle eingerichtet werden soll.

Herr Herrmann (Auf Nachfrage von Stadtrat Auer): Die Personalverwaltung frage bei jeder Kündigung durch Mitarbeiter nach dem Austrittsgrund, erhalte aber nicht immer hinreichende Angaben.

Beschluss: Der aktuelle Sachstand wird zur Kenntnis genommen.

8) TOP 1-118/18 Zusatzkriterien zur Mitarbeitergewinnung bzw. Mitarbeiterhaltung - Vorberatung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-118/18 ein und erläutert, dass diese Maßnahmen sowie die gemeinsame Weihnachtsfeier im Wesentlichen vom Personalrat vorgeschlagen worden seien.

Herr Butsch: Zu Tagesordnungspunkt 8 seien weiche Faktoren gemäß Sitzungsvorlage aufgelistet, um Mitarbeiter bei der Stadt Donaueschingen halten zu können, das passe gut zur Aktualität des Tagesordnungspunktes 7. In Abstimmung mit dem Personalrat bzw. auf dessen Initiative handle es sich um kurz-, -mittel-, - und langfristige Maßnahmen.

Oberbürgermeister Pauly: Abweichungen vom Tarifvertrag seien aufgrund der Tarifbindung nicht möglich und stünden im Widerspruch zur Gerechtigkeit. Es gebe dennoch relativ wenig übertariflich bezahlte Mitarbeiter.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien finanziell messbar, brächten ein Wir-Gefühl ein und seien wichtiger als die reine Vergütung. Man wolle den Arbeitsplatz attraktiver gestalten. Die Technischen Dienste hätten auf Vorschlag des Personalrats während der heißen Sommermonate 2018 eine Trinkwasser-Spende angefragt, die auch bewilligt worden sei.

Herr Maier, Personalratsvorsitzender: Der Personalrat habe sich schon länger Gedanken gemacht. Die Resonanz für eine Weihnachtsfeier sei schon immer - auch in anderen Betrieben - gut gewesen. Mit den Donauhallen habe man ideale Voraussetzungen und Räumlichkeiten.

Stadtrat Hall: Es bestehe auf jeden Fall Handlungsbedarf bei der Verwaltung. Seiner Meinung nach sei eine Gesamtbetrachtung durch eine externe Fachkraft besser als Einzelmaßnahmen. Er halte es für sinnvoll, das gesamte Arbeitsumfeld zu betrachten und dabei festzustellen, ob jemand beispielsweise wegen Rückenproblemen einen höhenverstellbaren Tisch benötige oder ob eine Teeküche für Mitarbeiter einzurichten wäre.

Stadtrat Dr. Wagner: Er erinnere sich daran, dass diese Diskussion bereits letztes Jahr geführt worden sei. Er freue sich über die vielen Vorschläge, aber man müsse Schwerpunkte setzen. Die Frage sei auch, wie man die Mittel gerecht verteile. Seine Fraktion schlage eine Creditcard vor, auf der die Stadtverwaltung einen Betrag bis zur Steuerfreigrenze von 44.- € einzahlen würde. Der Mitarbeiter könne die Verwendung der sog. Donaucard frei wählen und selber entscheiden, ob er damit ein Busticket für eine Fahrt mit dem Donabus bezahlen wolle, oder ob er damit lieber umsonst ins Freibad ginge. Mit dieser aufladbaren Donaucard wäre auch relativ wenig Verwaltungsaufwand verbunden.

Stadtrat Blaurock: Es stimme, dass diese Verbesserungsvorschläge bereits vor einem Jahr gemacht worden seien. Der Strauß an Maßnahmen sei gut, aber es bestehe die Gefahr, dass der Effekt gleich null sein werde. Hingegen wisse ein externer Berater mit seinem Erfahrungsschatz besser, welche Maßnahmen greifen würden. Bevor investiert werde, könne dieser die Vorschläge prüfen, da er sich mit Akquise und der Pflege des Personalkörpers besser auskenne.

Stadträtin Weishaar: Sie habe sich über die Vorschläge gefreut. Mitarbeiterpflege und Akquise seien nicht das Gleiche. Um Mitarbeiter zu halten, brauche es relativ wenig Finanzmittel. Wichtig sei, neben einer gemeinsamen Weihnachtsfeier, vielmehr, dass der Vorgesetzte den Mitarbeiter lobe und dass der Mitarbeiter seinen Chef wertschätze. Die Gehaltsstufen könne die Personalverwaltung je nach gesammelter Erfahrung des Mitarbeiters anheben. Der Vor-

schlag der Donaucard gefalle ihr. Einen Betriebskindergarten brauche es hingegen nicht und sei auch nicht gefragt, es gebe schon genug andere Kindergärten.

Stadtrat Rögele: Es komme auf die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter an. Dann wäre auch der Krankenstand niedriger. Er wolle das Thema in Ruhe und mit Sachverstand am besten durch eine externe Fachkraft angehen, die sich auch damit beschäftigen könne, wie die Stadtverwaltung neues Personal bekommen könne. Den Vorschlag, einen Betriebskindergarten zu realisieren, halte er in Anbetracht der vorhandenen Kindergärten für überflüssig. Vielmehr könne die Einrichtung eines Fitnessstudios gefragt sein. Deshalb solle die Verwaltung die Wünsche des Personals sammeln, darauf Antworten finden und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Oberbürgermeister Pauly: Aufgrund der geführten Beratungen sei es heute zu früh, über den Beschlussvorschlag von Tagesordnungspunkt 8 zu entscheiden, auch da die Prüfung durch einen externen Berater gewünscht wird.

Herr Butsch: In zwei Wochen werde ein Vorschlag über die Kosten eines externen Beraters vorliegen. Entsprechende Haushaltsmittel wären im Ergebnishaushalt 2019 einzustellen. Der Berater müsse bei der Lösung dabei sein und den finalen Stellenplan 2019 begleiten.

Oberbürgermeister Pauly: Konkrete Maßnahmen zur Mitarbeitergewinnung bzw. Mitarbeiterhaltung seien somit erst im Jahr 2020 durchsetzbar. Der vorliegende Beschlussvorschlag werde zurückgestellt und in die Haushaltsberatungen 2020 aufgenommen.

Stadtrat Rögele: Er verweise darauf, dass die Weihnachtsfeier (Sitzungsvorlage Nr.1-118/18, Nr. 3) bereits mit 10.000,00 Euro im Ergebnishaushalt 2019 eingestellt sei.

Oberbürgermeister Pauly: Die Beratung zur gemeinsamen Weihnachtsfeier erfolge bei Tagesordnungspunkt 11 „Haushalt 2019-Beratung des Ergebnishaushalts“. Alles andere werde zurückgestellt.

Beschluss:

Die Abstimmung über den Beschlussvorschlag (Ziffer 1-4) wird bis zu den Haushaltsberatungen 2020 zurückgestellt.

9) TOP 2-019/18 Vereinsförderung - Investitionszuschüsse 2019

Beschluss:

Den in der Vorlage dargestellten Zuschussanträgen wird zugestimmt.

(einstimmig)

10) TOP 2-021/18 DLRG Baar - Investitionszuschuss Neuanschaffung Jugendbus 2019

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 2-021/18 ein.

Stadtrat Hall: Er danke dem DLRG für die jahrelange Arbeit zum Wohl der Kinder und unterstützte den Antrag gerne mit 5.500,00 Euro Zuschuss. Dabei wolle er keinen Zwang seitens der Stadt Donaueschingen gegenüber der Städte Hüfingen und Bräunlingen erzeugen. Er beantrage eine Änderung des Beschlussvorschlags dahingehend, dass die Stadt Donaueschingen den Zuschuss unabhängig von der Beteiligung der Städte Hüfingen und Bräunlingen bewilligen werde.

Stadträtin Weishaar: Sie wolle dem Beschlussvorschlag folgen. Die Stadt Hüfingen habe zwei Seen, die bewacht würden und könne sich daher beteiligen. Die Stadt Donaueschingen bilde auch in anderen Vereinen Spielergemeinschaften und zahle dabei vollumfänglich Beiträge, unabhängig von der Zahl der Jugendlichen aus den anderen Ortsteilen. Das Wichtigste sei jedoch, dass die Jugendlichen schwimmen lernen können. Sie stimme daher zu.

Stadtrat Blaurock: Die Organisationsform der überregionalen Ausbildung zur Lebensrettung sei wesentlich. Er stimme ohne Vorbehalte zu und sei dafür, den Zuschuss ohne Sperrvermerk auszus zahlen.

Stadtrat Dr. Wagner: Die FDP/FW-Fraktion schließe sich dem an. Eine große Anzahl der Mitglieder käme aus Donaueschingen, daher sei es schwierig zu separieren. Eine gute Schwimmausbildung sei lobenswert und unverzichtbar. Der Zuschuss für die DLRG sei eine gute Investition. Daher sei er dafür, alle Zusätze zu streichen.

Stadtrat Rögele: Er stimme dem zu und sei insoweit auch für die volle Bezuschussung des Antrags. Ihn interessiere jedoch, wie hoch der „symbolische Beitrag“ der Stadt Bräunlingen überhaupt sei. Er appelliere an die anderen Städte, sich entsprechend zu beteiligen.

Frau Feger: Sie dürfe keine Beitragsangaben machen, eine Veröffentlichung durch die Stadtverwaltung sei vom Antragsteller nicht gewünscht.

Herr Moch, Holunderweg 8, 78166 Donaueschingen, (Wortmeldung und Rederecht nach Beschlussfassung des Gremiums auf Frage des Herrn Oberbürgermeister Pauly): Er danke dem Gemeinderat ausdrücklich. Eigentlich habe er damit gerechnet, dass sein Verein, wie in der Vergangenheit, nur einen anteiligen Zuschuss erhalte. Er habe nicht erwartet, dass der Gemeinderat so geschlossen hinter dem Investitionsantrag der DLRG stünde. Das freue ihn besonders.

Beschluss: Der Auszahlung des vollen Zuschusses in Höhe von 5.550,00 Euro wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 1-096/18 Haushalt 2019 - Beratung des Ergebnishaushalts

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage Nr. 1-096/18 in den Tagesordnungspunkt 11 ein und weist auf die Tischvorlage Nr. 1-097/18 hin.

Herr Zoller macht mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 11. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Er weist darauf hin, dass er einen Überblick über die einzelnen Teilhaushalte geben und vor allem die Änderungen durchgehen werde. Die größte Änderung sei zunächst, dass es im Haushaltsplanentwurf 2019 nun 9 Teilhaushalte statt 8 Teilhaushalte gebe, da mit dem Tiefbauamt Amt 9 neu geschaffen worden sei. Ferner sei eine Besprechung der Unterhaltsmaßnahmen vorgesehen.

Das veranschlagte Gesamtergebnis im Gesamtergebnishaushalt sei 886.687,00 Euro.

Die Personalaufwendungen seien um rund 1 Million Euro gestiegen. Der Teilhaushalt 1 habe sich um ca. 100.000,00 EURO verbessert.

Teilhaushalt 1, Zentrale Steuerung und Finanzen, Innenrevision

Produktgruppe 5470-12 Stadtbus

Stadtrat Dr. Wagner: Er wolle wissen, ob bei den aufgeführten Werbemitteln in Höhe von 22.000,00 Euro die Kosten für die Werbeagentur Cassandra enthalten seien.

Herr Zoller: Die Kosten für die Werbeagentur Cassandra in Höhe von 20.000,00 Euro seien unter Nr. 14 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ aufgeführt. Die „Transferaufwendungen“ unter Nr. 17 betreffen Ausgaben für Werbegeschenke und Werbemittel in Höhe von 20.000,00 Euro. Das mache insgesamt 42.000,00 Euro.

Produktgruppe 1114-13 Zentrale Funktionen - Personalrat

Oberbürgermeister Pauly: Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen müssen um 5.000,00 Euro für die Weihnachtsfeier erhöht werden.

Beschluss: Der Erhöhung des Ansatzes für sonstige ordentliche Aufwendungen (hier: Weihnachtsfeier) um 5.000,00 Euro wird zugestimmt.

(einstimmig)

Produktgruppe 1210 Statistik und Wahlen

Herr Zoller (Auf Nachfrage von Stadtrat Rögele): Im Vorjahr 2018 seien die Kosten für Wahlen um 3.000,00 Euro höher gewesen, insgesamt 39.600,00 Euro.

Teilhaushalt 2-Tourismus und Marketing

Produktgruppe 5750 Tourismus

Oberbürgermeister Pauly (Auf Frage von Stadtrat Hall): Die Kosten für das Innenstadtmarketing seien davon abhängig, dass der Gewerbeverein in gleicher Höhe mitinvestiere. Ein Sperrvermerk sei hier nicht notwendig, da das Beschlusslage sei.

Teilhaushalt 3-Öffentliche Ordnung

Produktgruppe 1223 Personenstandswesen

Herr Zoller: Es gebe wegen der Bestattung von Amts wegen gemäß Bestattungsordnung eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr 2018 um knapp 6.000,00 Euro auf 70.000,00 Euro.

Teilhaushalt 4 – Hochbauamt

Herr Zoller: Aufgrund des neuen Teilhaushalts 9 gebe es eine erhebliche Verminderung der Ausgaben um über 5 Millionen Euro.

Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement/Technische Immobilienmanagement

Stadtrat Hall: Die Kosten unter Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betrafen die Gebäudeunterhaltung. Diese Höhe sei nicht leistbar. Er verweise auf die Liste „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen“: Die veranschlagte Gesamtsumme für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen in 2019 betrage 1.676.500,00 Euro. Das sei definitiv zu viel. Er erbete sich Vorschläge für die Reduzierung des Ansatzes.

Stadtrat Dr. Wagner: Es sei wünschenswert, dass das Baubestandsbuch wie beabsichtigt endlich fertiggestellt werde.

Herr Unkel: Der Gebäudeunterhalt werde separat besprochen. So sei die temporäre Außenstelle der Kindertagesstätte Wunderfitz in der Alemannenstraße mit 200.000 € enthalten. Die außerplanmäßige Ausgabe sei genehmigt worden. Es seien Maßnahmen von mehr 3 Millionen Euro gemeldet worden. Davon sei lediglich die Hälfte in den Haushaltsplanentwurf mitaufgenommen worden. Nun seien Wartungs- und Fixkosten erforderlich und das Einhalten der Brandschutzordnung notwendig. Die Energiesparmaßnahmen seien von 100.000,00 Euro auf 50.000,00 Euro reduziert worden. Der Betrag sei knapp bemessen.

Stadtrat Hall: Er frage sich, ob diese Summe bei aller Notwendigkeit abgearbeitet werden könne. Vieles sei auch wegen des fehlenden Personals in der Vergangenheit nur aufgeschoben worden. Besser wäre es zu sagen, die Verwaltung schaffe die 1,47 Millionen Euro gar nicht.

Oberbürgermeister Pauly: Die Unterhaltungen seien machbar.

Stadtrat Blaurock: Er bedanke sich bei Herrn Unkel, es gebe sehr viele Maßnahmen, die er bei Ortsbegehungen angeschaut habe. Wichtig sei, dass die Bauunterhaltungen so wie sie vor Ort in Augenschein genommen worden seien, gestemmt würden.

Oberbürgermeister Pauly: Es sei noch kein Versprechen, aber eine Reduzierung von minus 200.000,00 Euro sei realistisch.

Bürgermeister Kaiser: Die Kosten in Höhe von 200.000,00 Euro für die Rodung Längfeld beim Stadtwald für die Windkraft fielen weg.

Teilhaushalt 5 - Bauverwaltung

Herr Zoller: Das veranschlagte ordentliche Ergebnis verbessere sich um 36.000,00 €.

Teilhaushalt 6 – Bildung und Soziales

Produktgruppe 2110 Bereitstellung und Betrieb allgemeinbildender Schulen

Bürgermeister Kaiser (Auf Nachfrage von Stadtrat Rögele): Die Verwaltung müsse abwarten, ob sich rechtliche Änderungen bei der Schülerunfallversicherung ergeben würden.

Teilhaushalt 7- Finanzierungsbudget

Frau Renner: Die Oktobersteuerschätzung werde nachgemeldet.

Produktgruppe 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen

Herr Zoller (Auf Nachfrage von Stadtrat Blaurock): Der planmäßige Kreisumlage-Hebesatz von 31,5 % bleibe unverändert.

Stadtrat Rögele: Das geplante Ergebnis der Gewerbesteuer sei wieder mit 13.000.000,00 Euro veranschlagt. Er beantrage die Erhöhung des Ansatzes auf 13.500.000,00 € wie im Vorjahr.

Stadträte Hall, Blaurock und Dr. Wagner befürworten diesen Vorschlag.

Oberbürgermeister Pauly: Der Ansatz könne, wie vorgeschlagen, erhöht werden.

Beschluss: Der Erhöhung des Ansatzes der Gewerbesteuer auf 13,5 Millionen Euro wird zugestimmt.

(einstimmig)

Teilhaushalt 8-Kultur

Produktgruppe 2810-81 Sonstige Kulturpflege

Frau Rüllke: (Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Wagner) Der Ansatz für den Ankauf von Kunstexponaten habe sich um 2.500,- Euro erhöht, da sie den Antrag gestellt habe. Über die Gründe der Senkung auf 5.000,- Euro sei sie nicht informiert worden. Der Gemeinderat möge zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt alljährlich drei Ausstellungen in der Galerie im Turm ausrichte. Künstler mit Renommee würden bereits sehr viele Kosten, wie Transport, Fahrt, Übernachtung selbst bezahlen und erkundigten sich auch nach einem Ankauf. Zudem gäbe es weitere Ausstellungen in der Stadt: die Galerie im Rathaus I mit Werken der Mitglieder der Künstlergilde, die Jahresausstellung der Künstlergilde, die einmal stattfindende Donaueschinger Regionale. Mit dem geringen Budget sei es ausgeschlossen, hochwertige, repräsentative und damit etwas teurere Werke anzukaufen.

Stadtrat Hall: Der Ankauf der Kunstgegenstände sei ein wichtiger Beitrag im Kulturbereich. Diese Diskussion wiederhole sich jedes Jahr.

Frau Rüllke: (Auf Nachfrage von Stadträtin Weishaar) Die Exponate seien meist öffentlich zugänglich und weniger im Depot gelagert. Einige hingen in den Büros der Stadtverwaltung. Weiterhin seien Werke auch ausgeliehen, aktuell sei ein Gemälde von Ralph Fleck im Museum Art.Plus ausgestellt.

Der Ansatz für das Herbstfest sei auf insgesamt 25.000,00 Euro erhöht worden. Die Schlussrechnungen für das Herbstfest 2018 lägen jedoch noch nicht vor.

Produktgruppe 1114-81 Städtepartnerschaften

Frau Rüllke: (Auf Nachfrage von Stadträtin Weishaar) Die Haushaltsmittel für die Städtepartnerschaft Kaminoyama seien deshalb höher, da für den Schüleraustausch 2020 die Flüge bereits 2019 gebucht werden müssten. Wegen den Olympischen Sommerspielen in Tokio 2020 werde mit höheren Preisen gerechnet. Der Austausch zum 25-jährigen Jubiläum müsse jedoch gesichert sein.

4211000 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

4212000 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens

Herr Unkel: Früher seien die Maßnahmen im Investitionshaushalt veranschlagt gewesen, daher sei der Vergleich zum Vorjahr nicht einfach.

Frau Renner (Auf Nachfrage von Stadtrat Blaurock): Die Kosten für den Zuschuss zur Orgel seien im Teilhaushalt 1 veranschlagt, das sei kein Unterhaltszuschuss.

Stadtrat Hall: Er beantrage den Kostenanteil für die Sanierung Straßenbelag Pfohren der Kreisstraße Pfohren (K 5756) in Höhe von 1,5 Millionen Euro in das Haushaltsjahr 2022 zu schieben.

Bürgermeister Kaiser: Die Bundesstraße in Pfohren sei zur Kreisstraße K 5756 heruntergestuft worden. Die Stadt Donaueschingen müsse für die Sanierung des Straßenbelags zahlen, sofern keine andere Bedingung eintrete.

Beschluss: Der Verschiebung der 2021 angemeldeten Haushaltsmittel für die Kreisstraße Pfohren (K 5756) in Höhe von 1.500.00,00 Euro ins Haushaltsjahr 2022 wird zugestimmt.

(einstimmig)

Bürgermeister Kaiser (Auf Nachfrage von Stadtrat Rögele): Es mache keinen Sinn, die Sanierungsmaßnahmen des Kreisverkehrs Dürheimer Straße, Breslauer Straße, Werner von Siemens Straße mit den Sanierungsmaßnahmen des Gehwegs Saverner Straße zusammenzufassen. Es kämen auch keine neuen Maßnahmen hinzu.

Stadtrat Rögele: Er beantrage die in 2019, 2020 und 2021 angemeldeten Haushaltsmittel für den Panoramaweg jeweils um ein Jahr nach hinten zu schieben.

Beschluss: Der Verschiebung der Haushaltsansätze für den Panoramaweg in Aasen um jeweils ein Jahr wird zugestimmt.

(einstimmig)

Oberbürgermeister Pauly: Die finale Beschlussfassung des Ergebnishaushalts fände in der Gemeinderatssitzung am 27.11.2018 statt.

Beschluss: Die Ergebnisse aus den Beratungen des Ergebnishaushaltes werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

(einstimmig)

11.1) TOP 1-097/18 Haushalt 2019 - Beratung des Ergebnishaushalts

Gesamtergebnishaushalt:

Oberbürgermeister Pauly: Das veranschlagte Gesamtergebnis für 2019 (alt) vermindere sich um ca. 200.000,00 Euro zuzüglich der beschlossenen Aufstockung von 5.000,00 Euro für die Weihnachtsfeier sowie zusätzlich 500.000,00 Euro für den geänderten Ansatz der veranschlagten Gewerbesteuer.

Beschluss: Dem geänderten Gesamtergebnis 686.780,00 Euro für das Haushaltsjahr 2019 wird unter Berücksichtigung der vorzunehmenden Aktualisierung zugestimmt.

(einstimmig)

12) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Sitzungsprotokolle:

Stadtrat Hall: Er habe das Ergebnisprotokoll im Internet mit dem Sitzungsprotokoll verglichen und dabei Abweichungen festgestellt. Er wünsche sich, dass das Sitzungsprotokoll kürzer gefasst und zeitnah online eingestellt werde.

Herr Butsch: Nach den gesetzlichen Bestimmungen müsse auf der Homepage der Stadtverwaltung über den Navigationspunkt „Rats-Information“ immer zuerst das Ergebnisprotokoll einsehbar sein.

Stadtrat Hall: Er schlage vor, das Sitzungsprotokoll auf dem Laptop mitzuschreiben und nach zwei bis drei Tagen online einzustellen.

Ampelanlage Villinger Straße:

Bürgermeister Kaiser (Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Wagner): Mit der Ampelanlage in der Villinger Straße sei eine Optimierung der Umläufe vorgesehen. Es sei geplant, den Kreuzungspunkt umzubauen. Daher falle die Ampelanlage momentan aus. 2020 solle ein Mast verschoben werden. Das Straßenbauamt sei Träger der Maßnahme. Die bestehende Steuerungstechnik soll dadurch optimiert werden.

Stadtrat Blaurock: Die Verkehrsampel brauche man dort gar nicht.

Bürgermeister Kaiser: Die Fußgänger seien jedoch darauf angewiesen, um die Straße sicher überqueren zu können.